

Antrag A4001: Reformen für ein demokratisches Europa

Antragsteller/in: LV Bayern, FDP BV Oberbayern, Bundesvorstand der Jungen Liberalen

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1 **Reformen für ein demokratisches Europa**

2 Wir Freie Demokraten wollen das Europäische Parlament nachhaltig stärken
3 und endlich das Versprechen echter demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten
4 aller Unionsbürger an der Politik und dem Führungspersonal der Europäischen
5 Union erfüllen.

6 Wir fordern:

7 Der Kommissionspräsident soll künftig, wie in jeder parlamentarischen
8 Demokratie, allein vom Parlament gewählt werden. Die Fraktionen sollen nach
9 entsprechenden Gesprächen dem Parlament einen Kandidaten vorschlagen, der
10 dann zur Wahl die Mehrheit des Parlaments auf sich vereinigen muss.

11 Die restlichen Kommissare sollen künftig nicht mehr von den 27
12 Mitgliedstaaten vorgeschlagen werden, sondern auf maximal 18 Mitglieder
13 begrenzt und allein vom gewählten Kommissionspräsidenten nominiert sowie
14 einzeln vom Parlament bestätigt werden.

15 Das Parlament soll einzelne Kommissare künftig durch ein konstruktives
16 Misstrauensvotum absetzen können (und nicht wie bisher nur destruktiv die
17 gesamte Kommission mit Zweidrittelmehrheit).

18 Mittelfristig soll die Hälfte der Abgeordneten des Parlaments über
19 transnationale Listen der Europaparteien gewählt werden. Diese Listen
20 sollen durch Spitzenkandidaten angeführt werden, welche für die
21 Kommissionspräsidentschaft kandidieren. Die restlichen Abgeordneten werden
22 wie bisher über nationale Delegationen der Mitgliedstaaten gewählt, sodass
23 jeder Unionsbürger bei der Wahl zwei Kreuze machen kann. Wir wollen das
24 Wahlrecht hierzu europaweit angleichen sowie die Größe der Delegationen von
25 einer mathematisch nachvollziehbaren Formel abhängig machen, die allein auf
26 der Bevölkerungsgröße basiert.

27 Jede Fraktion sowie eine gewisse Anzahl von Abgeordneten im Parlament und
28 jeder Mitgliedstaat im Rat sollen jeweils ein vollwertiges Initiativrecht
29 erhalten.

30 Der Rat muss transparenter werden: Alle Dokumente und Sitzungen, inklusive

31 die der Ausschüsse und Arbeitsgruppen, sollen, analog zu denen des
32 Parlaments, unverzüglich und vollständig öffentlich einsehbar sein.

33 Wir wollen in Deutschland darauf hinwirken, dass wie etwa in Dänemark
34 bereits üblich die Bundesregierung vor jeder wichtigen Abstimmung im Rat
35 erst durch den Bundestag mandatiert werden muss. So stärken wir unsere
36 nationale Legislative, schaffen Raum für öffentliche Debatten über EU-
37 Politik und verhindern intransparente Alleingänge der Bundesregierung (wie
38 zum Beispiel bei den Uploadfiltern).

39 Noch immer scheitern viele Lösungen für gemeinsame Probleme am Veto
40 einzelner Mitgliedstaaten im Rat, deshalb streben wir Freie Demokraten an,
41 dass Entscheidungen des Rates immer nach dem Mehrheitsprinzip getroffen
42 werden. Das Europäische Parlament soll in Zukunft das Recht erhalten,
43 ähnlich des Bundestages eine Ablehnung des Rates mit Zweidrittelmehrheit zu
44 überstimmen und dadurch solche Blockaden aufzulösen.

45 Wir wollen in allen Fragen, die in der ausschließlichen Zuständigkeit der
46 EU liegen, zukünftig allein das Europäische Parlament über die Gesetzgebung
47 entscheiden lassen.

48 Derzeit erfordern selbst einfache EU-Richtlinien wie zur Regelung der Farbe
49 von Blinkern Mehrheiten im Rat, die in staatlichen Parlamenten nur bei
50 Verfassungsänderungen nötig sind. Dies verhindert die effektive und
51 schnelle Lösung von Problemen. Wir wollen daher, dass die doppelte Mehrheit
52 im Rat künftig nur noch die einfache Mehrheit der Staaten (statt 55
53 Prozent), die die Mehrheit der Unionsbürger repräsentieren (statt 65
54 Prozent) umfasst. Die Sperrminorität wollen wir abschaffen. Ebenso soll die
55 Änderung eines Gesetzesvorschlags gegen die Kommission keine Einstimmigkeit
56 mehr erfordern. Die EU Grundrechtecharta soll künftig als unmittelbar
57 geltendes Recht alle staatliche Gewalt in Europa binden unabhängig vom
58 Europarechtsbezug.

59 Damit die Europawahl wirklich zu einer europäischen Wahl wird, wollen wir,
60 dass die FDP zur Europawahl 2024 auf ein eigenes Wahlprogramm verzichtet
61 und stattdessen das gemeinsame Wahlprogramm der ALDE verwendet.
62 Diesbezüglich werden wir darauf drängen, dass die ALDE zur kommenden
63 Europawahl ein ausführliches Programm aufstellt, mit konkreten Forderungen,
64 die von einem liberalen und pro-europäischen Geist getragen sind. Davon
65 unberührt bleiben ergänzende Beschlüsse, die sich spezifisch auf
66 Deutschland beziehen.

67 Die EU soll künftig nach außen mit nur einer Stimme sprechen. Dafür müssen
68 in einem ersten Schritt das Amt des Hohen Repräsentanten gestärkt und in
69 EU-Außenminister umbenannt werden. Außerdem sollen Entscheidungen in der

70 Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) mit doppelter Mehrheit
71 (und nicht mehr einstimmig) getroffen werden, um Vetos einzelner Länder zu
72 verhindern. Das außenpolitische Agieren im Rahmen der GASP sollte zum
73 Regelfall und nationalstaatliche Alleingänge zur absoluten Ausnahme werden.
74 Wir wollen am Vorbild des Commonwealth die Botschafter innerhalb der EU in
75 Hochkommissare umbenennen.

76 Auch in der Außenpolitik sollten integrationswillige Mitgliedstaaten
77 schneller voranschreiten. Daher fordern wir, bis zur Realisierung des Ziels
78 einer einzigen europäischen Außenpolitik, insbesondere die deutsch-
79 französische Integration zu verstärken, indem beide Länder ihre
80 Außenpolitik nicht nur noch enger abstimmen, sondern mittelfristig
81 vollständig zusammenlegen. Dementsprechend soll es künftig nur noch einen
82 einzigen deutsch-französischen Außenminister geben, der von Bundeskanzler
83 und Staatspräsidenten gemeinsam ernannt wird. Die Arbeit der auswärtigen
84 Ausschüsse der Parlamente soll von der deutsch-französischen
85 parlamentarischen Versammlung übernommen werden. Die nationale
86 Verteidigungs- und Rüstungspolitik etwa könnten davon auch zunächst
87 unberührt bleiben, um verfassungsrechtliche Fragen auszuklammern.

88 Um den Aufbau einer europäischen Identität zu verstärken, soll ein
89 vollwertiger europaweiter Medienmarkt mit einheitlichen Grundsätzen der
90 Medienregulierung geschaffen werden. Auch die innereuropäischen
91 Markteintrittshürden auf dem Medienmarkt müssen abgebaut werden. Außerdem
92 fordern wir die Veranstaltung einer Eurolympiade am Vorbild der
93 Commonwealth Games. Der 9. Mai soll europaweit zum Feiertag erklärt werden.

94 Für uns Freie Demokraten ist das Vereinigte Königreich fester Bestandteil
95 eines vereinten Europas. Den Brexit begreifen wir als Weckruf, die EU
96 endlich wieder entscheidungs- und handlungsfähig zu machen, um die großen
97 Herausforderung unseres Jahrhunderts gemeinsam lösen zu können, statt
98 weiter im Stillstand zu versacken. Wir wollen den Brexit daher zum Anlass
99 nehmen, den nächsten europäischen Integrationschritt zu gehen und einen
100 europaweiten Konvent einzuberufen, der auch die oben formulierten
101 institutionellen Reformen implementiert.

102 Unser Ziel bleibt ein föderalistischer, dezentraler, demokratisch
103 verfasster europäischer Bundesstaat bzw. die Vereinigten Staaten von
104 Europa, niedergelegt in einer gemeinsamen, europäischen Verfassung, die vom
105 Unionsvolk in einem Referendum bestätigt werden muss. Wir Freie Demokraten
106 sind optimistisch und mutig. Die europäische Geschichte hat schon bewiesen,
107 dass einst viel undenkbarere liberale Utopien Realität werden konnten.
108 Deshalb sind wir fest davon überzeugt, dass auch ein wahrhaft in Vielfalt
109 geeintes, bundesstaatliches Europa in nicht allzu ferner Zukunft realisiert

110 werden kann. Wir müssen es nur gemeinsam mit voller Überzeugung anpacken.

Begründung

Erfolgt mündlich.